

Die Vielfalt der in dieser Festschrift versammelten Beiträge kann man auch als wertvolle Ergänzungen zu Serczyks eigenen Forschungsergebnissen betrachten. Sie sind nach Qualität und Umfang recht unterschiedlich, teils Analysen, teils eher Synthesen, beruhen aber meistens auf einer soliden Quellenbasis und geben im einen oder anderen Fall auch bisher schwer zugängliche bzw. bisher nicht bekannte Quellentexte wieder. Mit dieser Festgabe wird nicht nur ein verdienter Historiker geehrt, sie gibt auch einen Einblick in aktuelle Themenfelder der polnischen Geschichtsforschung sowie Anregungen zu neuen Fragestellungen.

Lüneburg

Rudolf A. Mark

Wilsonian East Central Europe: Current Perspectives. Proceedings of a conference to commemorate the 50th Anniversary of the Piłsudski Institute, held October 22–23, 1993 at Columbia University. Ed. by John S. Micgiel. Piłsudski Institute. New York 1995. XXIV, 181 S.

Der Sammelband vereint elf Aufsätze und drei Kommentare, die für eine Konferenz zum 50. Gründungstag des Piłsudski-Instituts in New York im Oktober 1993 verfaßt wurden. Unter dem Aspekt des „Wilsonianismus“ wurde der Schwerpunkt der Beiträge auf die Rolle und Bedeutung Polens in der Neuordnung Europas nach dem Ersten Weltkrieg gelegt. Als Leitfaden sollte der Anspruch gelten, angesichts der Entwicklungen im östlichen Europa nach 1989 den Wert des „Wilsonianismus“ als Konzept und Praxis für die zukünftige Entwicklung Osteuropas zu untersuchen.

P. Pastor behandelt den Perzeptionswandel des „Wilsonianismus“ nach 1918 in Ungarn, der anfangs als Programm einer demokratischen Revolution begrüßt wurde. Als offensichtlich geworden war, daß das Nachkriegs-Ungarn als „Verlierer-Staat“ behandelt wurde, kritisierte man das Wilsonsche Programm, da es Selbstbestimmung nur für ehemals unterdrückte Völker vorsehe. Der Kampf gegen die als „imperialistische (Auf-)Teilungspolitik“ empfundene Neuordnung Ostmitteleuropas einte bürgerliche, sozialistische und kommunistische Kräfte während der kurzen Periode der ungarischen Räterepublik (März–August 1919). In ihrer Studie über die Mitteleuropa-Vorstellungen von T. G. Masaryk weist C. E. Nolte nach, daß diese zuvorderst gegen die deutschen Mitteleuropa-Konzeptionen, wie sie u. a. F. Naumann entwickelt hatte, gerichtet waren. Masaryk stellte die Staatsbildung über das Recht auf nationale Selbstbestimmung, das nach N. in der Tschechoslowakei nach 1918 im Grunde auf den tschechischen Bevölkerungsteil beschränkt blieb. T. V. Gromada beschreibt das Scheitern nationaler Selbstbestimmung an den gegensätzlichen Interessen Polens und der Tschechoslowakei im Konflikt um die Zips und das Orawa-Gebiet. G. bleibt auf eine oberflächliche Darstellung des Denkens, Wollens und Handelns der historischen Akteure fixiert. Ähnliches gilt für die drei Studien von J. Cisek, A. Juzwenko und Z. Wójcik, die sich mit (Kon-)Föderationsvorstellungen polnischer Politiker wie J. Piłsudski, L. Wasilewski und W. Kamieniecki während und nach dem Ersten Weltkrieg befassen. Die Idee einer Föderation zwischen Polen, Litauen, Weißrußland und der Ukraine sei weniger von polnischen Großmachtambitionen – dies wird durchgängig bestritten – als vielmehr von polnischen Sicherheitsinteressen gegenüber Rußland inspiriert gewesen. H. Bułhaks kurzer Essay über Mitteleuropa und Polen behandelt überblicksartig das Verhältnis von revisionistischen (Deutschland, Ungarn) und antirevisionistischen (Tschechoslowakei) Staaten zu Polen nach 1918. Die Untersuchungen von A. M. Cienciala, P. Wandycz und M. Biskupski zeigten nicht nur auf, wie und warum die Ideen Wilsons in Großbritannien und Frankreich den primären Großmachtinteressen (Gleichgewicht, Sicherheit, wirtschaftliche Interessen) untergeordnet wurden und das Selbstbestimmungsrecht in ein Mittel zur Realisierung dieser Absichten verwandelt wurde, sondern ansatzweise auch, warum der „Wilsonianismus“ an den „realpolitischen Notwendigkei-

ten“ in den USA selbst scheiterte. Das „Prinzip der nationalen Selbstbestimmung“ wurde zu einer Funktion der US-amerikanischen „new order“ nach 1918.

Mögliche Alternativen zur Lösung des polnischen Problems diskutiert W. Suleja in seinem Beitrag zur polnisch-österreichischen Option zwischen 1914 und 1918, die durch den Verlauf des Ersten Weltkrieges ab Anfang 1918 allerdings obsolet geworden war.

In den abschließenden „Commentary and Perspectives“ kommt K. Lundgreen-Nielsen zu der optimistischen Ansicht, daß die Wilsonschen Ideale seit 1989/91 eine Renaissance erfahren hätten, während S. Blejwas nüchtern bilanziert, daß die ostmitteleuropäischen Länder „Staaten 2. Klasse“ seien, die in der Großmachtpolitik der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der UdSSR/Rußlands von 1918 bis heute lediglich Objekte von Großmachtinteressen seien.

Den o. g. Anspruch des Hrsgs. können die Beiträge – abgesehen von ihren jeweiligen Qualitäten – nur zum Teil einlösen. Dies liegt nicht nur an der relativen Kürze der Aufsätze oder an der Darstellungsweise, sondern auch am Fehlen einer Rahmengenbung, die den einzelnen Artikeln eine gemeinsame Grundlage und Ausrichtung hätte bieten können. Ein Beitrag, der Wurzeln und Entstehungsgeschichte des „Wilsonianismus“ im Kontext des politischen und ökonomischen Bedeutungszuwachses der USA seit der Jahrhundertwende untersucht, findet sich nicht. Ebenso wenig wird der Begriff der „nationalen Selbstbestimmung“ kritisch hinterfragt, sondern quasi als ein Naturrecht interpretiert. Damit fehlt den Aufsätzen ein zusammenhaltender Bezugspunkt. Zudem wird in keinem Beitrag ernsthaft die Adaption des „Wilsonianismus“ für die Zeit nach 1989 diskutiert.

Die Edition vereinigt Studien, von denen einige als Einführung, andere als (zusammenfassende) Ergänzung zu den jeweiligen Themenbereichen gelten können. Als vertiefende Lektüre zu „Wilsonianismus“ und Ostmitteleuropa scheinen sie allerdings weniger geeignet zu sein.

Marburg/Lahn

Rüdiger Alte

Ivan T. Berend: Central and Eastern Europe, 1944–1993. Detour from the Periphery to the Periphery. (Cambridge Studies in Modern Economic History.) Cambridge University Press. Cambridge, New York u. a. 1996. XVIII, 414 S. (£ 45.00.)

Die Kategorie der Rückständigkeit ist bekanntlich ein beliebtes Erklärungsmuster osteuropäischer Geschichte. Auch Ivan Berend legt seiner „comparative analysis of the state socialist experiment“ vor allem diesen Begriff zugrunde. Er versteht das nach 1945 in Ostmittel- und Südosteuropa durchgeführte kommunistische Experiment als eine weitere Rebellion der erniedrigten Peripherie gegen ihr jahrhundertlanges ökonomisches und soziales Zurückgebliebenheit. Ostmittel- und südosteuropäische Nachkriegsgeschichte begegnet dem Vf. unter solchen Vorzeichen in Paradoxien, erscheint sie doch zugleich als eine Periode der Befreiung und der Unterdrückung, der Euphorie und der Verzweiflung, der gehorsamen Unterwerfung und des heroischen Aufbruchs. Am Ende scheiterten der versuchte Modernisierungsdurchbruch und die Anstrengungen, mittels zentraler Planwirtschaft und forcierter Industrialisierung der traditionellen peripheren Lage zu entkommen, im Zusammenbruch des Systems und der Überanstrengung der Kräfte. Nach einem langen Umweg sei die Region am Ende des Jahrhunderts damit wieder dort angelangt, wo sie begonnen habe, konfrontiert mit den gleichen ungelösten Problemen: der unvollendeten Nationenbildung, der Notwendigkeit der Errichtung einer modernen Demokratie (civil society) sowie dem Erfordernis wirtschaftlicher Modernisierung.

Ausgehend von dieser Grundthese schildert B. in drei thematischen Hauptkapiteln das halbe Jahrhundert ostmittel- und südosteuropäischer Nachkriegsgeschichte in souveräner Beherrschung der Materie. Dabei geht es ihm weniger um die individuellen